

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend rechtzeitig zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM., frei ins Haus, einschließlich der Posten „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Willag“, „Bräutliches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbilder“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Die Millimeter-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 50 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar 1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungsort ge bis 9 Uhr vormittags.

Verlag und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer · Hauptstiftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 106

Sonntag, den 2. September 1934

27. Jahrgang.

Französische Saardenschrift an den Völkerbund

Erzählen um Regelung der mit der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland aufzunehmenden Fragen

Sedan, die Vorstufe zum Reich

Wir Deutschen des national erneuerten Reiches können beobachten, daß die sogenannte öffentliche Meinung der Nationen und sozial gefunden! Es ist dies natürlich ein Haupt der Furcht und inneren Schwäche, wie denn ja der Scheitern des Weltkrieges keine wirtschaftlichen oder kulturellen Früchte für unsere Gegner gezeitigt hat. Es bewährt sich hier das Wort Niehieses auch bei der Bedenken der Verhältnisse. „Alle verschwiegenen Wahrheiten werden gestiftet.“ Diese unsere Erfahrung der Gegenwart in der man sich auch bestrebt, das unpolitische Publikum gegen das vorantreibende Deutschland vorzunehmen, findet häufig ihr Gegenstück in unserer Geschichte, mag man nun an den Dreißigjährigen oder Siebenjährigen Krieg an den Wiener Kongreß nach der Erhebung von 1813 oder an die vorgelegte „Weltmeinung“ anno 1870 denken. „Vorgelegt“ darf man die Habsinasse und den Habsgeiz der lieben Nachbarn deshalb nennen, weil es meist eine kleine Clique politischer Antiquitäten war, die durch Wort und Schrift die eigenen Volksgeschichten benebelte und vergrößerte. Wie hart aber Kriegsschrecken schon früher unsere gerechten Sache Abbruch taten, dafür ist die große Zeit von der Sieg bei Sedan ein Beweis.

Gleich nach 1866 erhoben die Franzosen ihr lächerliches Gefühl: „Rache für Sedan!“ Was ging die Königgrätz und D. sie erkannten früher als mancher Deutsche, daß die Bedenken des der Einigung machtvoll entgegenbrachten Deutschlands mit dem Frieden zu Prag abgeschloffen war, und daß nach dem Fieber die machtvoll und kraftvolle Genesung des deutschen Volkes eintreten würde! Der wollte Frankreich beugen, und es ist kein Ruhmestitel, für die Kaiserin Eugenie, daß sie den Krieg entzündete, und den Blick für Kaiser Napoleon III. gewiesen, daß er der Bedenken Europas zusah! Da, daß er gar kein Geschicklichen dabei zu machen suchte, alter Spieler und Spelulant, der er war!

Dann aber kam der Siegeslauf der geeinten Deutschen im August 1870, der in der Weltgeschichte nur ein Beispiel in den Aufgüssen von 1914 findet. Weihenburg, Worms, Epiphany, Bonville, Mars-la-Tour, Gravelotte, St. Privat und schließlich am letzten Tage dieses einen Monats der Sieg von Beaumont! Unmittelbar danach schließt sich Feldmarschall Moltkes Weiterwerk, der Tag von Sedan! Nach dem entscheidenden Kampfsieg von 1. September ergibt sich das Heer in Stärke von 110.000 Mann mit dem Kaiser an der Spitze! Auf ehemals deutschem Boden bricht die französische Monarchie zusammen. Geschichtliche Denkmäler des Ewigkeitswert sind der Brief Napoleons an König Wilhelm: „Mein Herr Bruder, da ich nicht in der Mitte meiner Truppen habe Herben können, bleibe mit nur übrig, meinen Degen in die Hand Eurer Majestät zu legen. Ich bin der gute Bruder Eurer Majestät! Napoleon“, und dann die telegraphische Siegesnachricht an die Kaiserin Augusta nach Berlin: „Die französische Armee ist in Sedan eingeschlossen und der Kaiser Napoleon hat mir seinen Degen angeboten. Ich habe ihn angenommen und verlange die Kapitulation der Armee als Kriegsgefangene. Gott hat uns sichtlich begünstigt. Wilhelm.“ Die Kapitulation wurde durchgeleitet. Die Kaiserin Eugenie flieht aus Paris. In Paris wird die Republik erklärt! Und nun die Weltmeinung zu dieser Zeit, aus der auch der politische Kain den Zusammenschluß der deutschen Stämme und die Wiedergeburt des alten Reiches weislosen konnte! Wir beginnen mit Deutschland selbst. Die Sozialdemokratische Partei erklärt einen Aufruf an „die deutschen Arbeiter“ in Masse jeder Fortsetzung des Krieges gegen das nunmehr republikanische Frankreich und der Annexion von Elsass-Lothringen entgegenzutreten und die nicht „zu dulden!“ Das Volk aber in allen seinen Stämmen richtet Danks- und Grußadressen an seine Führer und bittet, durch Aufhebung des geraubten Landes, durch Wiedergewinnung des verlorenen Friedens, durch Grenzgarantie und durch einigartigen Zusammenschluß der deutschen Staaten das Reich zu gründen und es in seiner Geburtsstunde gegen alle inneren und äußeren Ränke für immerdar zu sichern! Ein Volk, ein Heer, ein Reichstag, ein deutsches Staatswesen! Das fordern alle Deutschen von ihren Führern!

Und nun das Ausland! Am 8. September bereits erkennt der Schweizer Bundesrat die revolutionäre französische Republik an. In Paris selbst ist die Forderung: „Es lebe die Republik! Kampf bis ans Messer!“ In Belgien ist die öffentliche Meinung während des Falles von Sedan zugunsten der Franzosen befreit und umgewandelt. Hingegen entläßt Holland bereits am Tage der Kapitulation von Sedan, am 2. 9., alle Ende Juli aufgegebenen Truppen. Ein glänzendes Vertrauensvotum für Deutschland! Spanien läßt sich von seinem eigenen Pariser Gesandten terrorisieren und beunruhigen. Dieser nämlich, beauftragt lediglich, Fühlung mit der revolutionären Regierung zu nehmen. er-

rennt unbedachterweise namens der spanischen Krone die französische Republik an! Als Mitte des Monats die nächsten Nachrichten über Sedan nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika dringen, schlägt die „öffentliche Meinung“ zugunsten des „armen Frankreich“ um. Ganz wie im Weltkrieg! Sehr sonderbar liegen die Dinge in Eng-

land. Erst war die Sympathie der meisten Briten auf deutscher Seite. Das Gefühl aber ging vor! „Bühne als usual“, „Gefühl als üblich“ hieß es ja auch im Weltkrieg! Man lieferte gegen das Völkerrecht Kriegsmaterial nach Frankreich. Auf eine Geldwerde des Norddeutschen Bundes, in der man mit Recht England anfragte, den Krieg zu nähren und zu verlängern, folgt just am Tage von Sedan eine mitleidige Antwort und förmliche Rechtfertigung. Die Kriegsgeliebten und Franzosenfreunde aber sprigen immer häufiger einige Tropfen Gift in die Tagesartikel, und mehr und mehr tritt die mit Lügen bearbeitete Volksmeinung für Frankreich ein. Steigend aber wird Munition und aller möglicher Kriegsbedarf über den Kanal an die junge republikanische Armee geliefert! Dennoch blieb der Tag von Sedan die Frühentscheidung des Krieges und der deutschen Einigung!

W. Leng.

Französische Saardenschrift

Die Eingabe an den Völkerbundsrat

Paris, 1. September.

Im französischen Ministerrat erörterte Außenminister Barthou eingehenden Bericht über die außenpolitische Lage. Er behandelte vor allem die österreichische Frage, die Volksabstimmung im Saargebiet, die Verhandlungen über den Nordostpakt und den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund.

Der Außenminister ließ von seinen Ministerkollegen eine Denkschrift über das Saargebiet gutheißen, die er dem Völkerbundsrat zu überreichen gedenkt.

Wie von gutunterrichteter französischer Seite verlautet, befaßt sich die im Ministerrat gebilligte Denkschrift Barthous an den Völkerbundsrat mit den verschiedenen mit der technischen Seite der Volksabstimmung im Saargebiet zusammenhängenden Fragen.

Die Denkschrift richtet u. a. an den Völkerbundsrat das Ersuchen, bereits jetzt für den Fall, daß die Wähler für die Rückgliederung an Deutschland stimmen sollten, die Fragen der Domanialgruben, des Währungssystems usw. zu regeln.

Es handelt sich nach Ansicht der französischen Regierung darum, die Übergangszeit, die einen Hohenwechsel im Saargebiet gemäß dem Ergebnis der Abstimmung erforderlich machen könnte, möglichst kurz zu gestalten.

Der Völkerbundsrat könnte beispielsweise für alle diese Fragen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland ansetzen, entweder eine direkte Aussprache oder eine indirekte durch Vermittlung des Dreierausschusses unter dem Vorsitz Wolfis.

Eine freimütige Stimme

Im Pariser „Quotidien“ steht sich der Abgeordnete Montagnon freimütig für eine Verständigung mit dem neuen Deutschland ein. Er fordert im Sinne des Appells des Führers eine schnelle Vereinigung der Saarfrage. Sein Artikel geht von der Feststellung aus, Frankreich scheine einen Fehler zu begehen, wenn es glaube, daß alle Völker nach der gefühlsmäßigen Einstellung handeln, wie das französische es tun würde. Hitler habe auf dem Ehrenbreitstein erneut das Saargebiet gefordert und seinen Friedensappell an Frankreich wiederholt.

Er bedauere, daß man französischerseits schon den ersten Appell Hitlers vor einem Jahre nicht berücksichtigt habe. Die Saar hätte ein Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich werden können. Frankreich würde Unrecht tun, wenn es den jetzigen zweiten Ruf Hitlers unbeantwortet ließe. Die schimmige Möglichkeit an der Saar liege darin, daß sich die Bevölkerung für den Status quo entscheide, da dann das Saargebiet zu einem flusslosen Keim des Hasses zwischen Deutschland und Frankreich werden würde. Dann würde jede Regelung unmöglich gemacht, und die Kriegsauswirkungen würden steigen.

Auf den etwaigen Einwand, dann wolle also Frankreich Hitler erlauben, sein Prestige zu stärken, antwortet er, Montagnon: Dieser Einwand spiele gar keine Rolle, wenn der Friede dabei gewinne, denn mindestens in diesem Punkte bringe Hitler die Ansicht beinahe des gesamten deutschen Volkes zum Ausdruck. Er, Montagnon, glaube, daß Hitler den Frieden wolle, denn das liege in seinem Interesse. Mit Voraussetzungen, die die Festigkeit des Hitler-Regimes anzweifeln, müsse man vorsichtig sein. Man müsse vor allem dem Urteil der politischen Mächte aus Deutschland mißtrauisch gegenüberstehen. Er, Montagnon, glaube nicht, daß

ein Mann wie Hitler ohne so große persönliche Eigenschaften jemals so hoch hätte aufsteigen können. Männer solcher Art reifen aus und wachsen mit ihrem Geld. Die Kunst des Regierens lerne man beim Regieren. Hitlers Bewegung behalte ihre Kraft. Montagnon warnt die Leute, die auf wirtschaftliche Schwierigkeiten Deutschlands hoffen, denn mit Revolten spielen, heiße mit dem Feuer spielen. Das deutsche Volk würde Frankreich für das Gland verantwortlich machen. Deutschland brauche heute ein festes Regime. Der Friede als solcher verdiene ein Opfer. Deshalb sei er, Montagnon, für eine Aussprache mit Hitler und für eine Antwort auf seinen Aufruf.

Belgische Warnungen und Wünsche

Zum Besuch Jaspars in Paris.

Brüssel, 1. September.

Die Reise des Außenministers Jaspars nach Paris findet in der Öffentlichkeit großes Interesse. Es wird allgemein angenommen, daß in erster Linie Wirtschaftsfragen besprochen werden. Verschiedentlich wird auch die Vermutung ausgesprochen, daß zwischen Jaspars und Barthou auch die internationale politische Lage besprochen werde. Für diesen Fall erhält Jaspars von einigen Belgiern Ratsschlüsse mit auf den Weg. Am interessantesten ist in dieser Hinsicht ein Leitartikel der „Nation Belge“, die trotz ihrer französischen Meinungen scharf gegen den augenblicklich ruh-landfreundlichen Kurs des Quai d'Orsay Stellung nimmt und diese Politik Frankreichs als eine Gefahr für die belgisch-französische Freundschaft bezeichnet. — Zum Diskurs macht das Blatt folgende treffende Feststellung:

„Im Laufe der letzten Ereignisse müssen wir anerkennen, daß sich hinter dem Diskurs nichts anderes verbirgt, als der Wille, mit den Sowjets das frühere russisch-französische Bündnis wieder zu knüpfen.“ — Das Blatt warnt Frankreich vor dieser Politik, die eine Lockerung der französisch-polnischen Bande, die Verflimmung Japans und die Ausbreitung der kommunistischen Propaganda in Frankreich zur Folge haben werde. Frankreich betreibe eine Selbstmordpolitik.

„Nation Belge“ spricht offen aus, daß diese Haltung Frankreichs von der öffentlichen Meinung in Belgien nicht gebilligt werde und erinnert daran, daß der jetzige Außenminister Jaspars stets ein Gegner der Anerkennung Rußlands gewesen sei. (Belgien unterhält keine diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland.) Jaspars werde, so heißt es in dem Artikel weiter in Paris Gelegenheit haben, die Ansicht der französischen Regierung auf die Gefahr zu lenken, die der französisch-russische Pakt für die notwendige französisch-belgische Freundschaft mit sich bringe. Mit dieser Auffassung macht sich die „Nation Belge“ zweifellos zum gewissenhaften Interpreten des weitestens größten Teils der öffentlichen Meinung in Belgien.

Wien protektiert gegen Belgrad?

Starchenberg heßt gegen das Reich.

Wien, 1. September.

In politischen Kreisen sind Gerüchte verbreitet, daß die österreichische Regierung beabsichtige, beim Völkerbund Beschwerde gegen Jugoslawien zu führen, weil es bulde, daß die österreichischen Flüchtlinge in Jugoslawien eigene Formationen bildeten. Eine amtliche Bestätigung dieser Gerüchte war bisher nicht zu erlangen.

Der österreichische Vizekanzler Fürst Starchenberg hielt gelegentlich eines großen Heimwehappells eine Rede, in der er mit allen Mitteln einer gelassenen Demagogie gegen den Nationalsozialismus ins Feld zog. Er sagte u. a.: „Der Heimatsozialismus ist gewiß, unter allen Umständen bis zum letzten Atemzug für die Freiheit und die Unabhängigkeit Österreichs gegen jeden Feind zu kämpfen. Die Schlagfertigkeit der Wehrverbände wird durch keinerlei Kompromiß beeinträchtigt. Wir Österreichler haben eine Aufgabe gegen die Barbareie (!) zu erfüllen. Dazu müssen wir frei und unabhängig bleiben.“

Der Nationalsozialismus, so meinte Starchenberg im einzelnen, werde nie imstande sein, Österreich zu erobern. Eine Nationalen, die bis zum 25. Juli gegen das Regime gewesen seien, müßten erst eine gründliche Umwandlung durchmachen, bis sie als Österreicher gelten könnten. Diese Kräfte hätten eine irrfinnige Auffassung von Nationalismus und bekennen sich jetzt nur aus Rücksicht auf außenpolitische Verhältnisse abnehmend zu Österreich. Starchenberg versieg sich zu der Behauptung, der Sieg des Nationalsozialismus würde den Sieg der Barbarei über das Deutschland bedeuten, und er werde nicht ruhen, bis die Gegenrevolution des Deutschstums gegen die Barbarei gelungen sei. (!)

Österreichs Bundeskanzler, Dr. Schulnigg, hat durch Ermächtigung des Ministerrats den Oberst i. R. mit dem Titel eines Generalmajors, Hanno Königbrunn, zum Generalinspekteur für das freiwillige Schutzhörns und die Wehrverbände ernannt.

Wort eines unheimlichen Dichterfürsten des
des Volkes, Wegweiser für die Zukunft, seit der
um Deutschlands Wiederaufhebung das deutsche
wieder gelebt hat, daß eine Sache um ihrer selbst
gehon werden muß! Die deutsche Hiegersrei
die stühle und eine der stolzen Waffen der deut-
sche. Ihren Geist zu erhalten und forszupflanzen,
niemals, dem Ungestir der Vergeltung das Wort zu
lobern immer und immer nur, den Willen zur
schlich bleiben zu lassen, die nur danach fragst, ob
für die Zukunft des deutschen Volkes von Vorteil
oder nicht. Hiegersgeist schließt in sich Hiegersgedanten
Hiegersereigenschaften, Mannesmut und Tapferkeit,
Muth und Opferwillen, Treue und Einfachsereit-
schaft. Was anderes bedeuteten Hermann Görings Worte
Deutsch! Volk muß ein Volk von Hiegern werden!
Die Führer der erwaschten Nation, Adolf Hitler, hat es
Volk schon oft zugeufen, daß das deutsche Volk nicht
Zemmel rühren will. Aber nichts wird es davon
schien können, seine Schwingen zu erheben, um sich
den Flug unter den Wolken zu sichern, zum Segen des
deutschen Friedens auf der Welt!

Deutscher Volksgenosse! Die deutsche Hiegersrei
braucht dich! Lern' Hiegersgeist verstehen, und
zu dienst Deinem Volke! Werde Mitglied des
deutschen Luftstütz-Verbandes!

— Urkunden zum arischen Nachweis gehören:
1. Nach der neuesten Verfügung der zuständigen Stellen
2. alle Auskünfte, Urkunden etc., die zum Zwecke des
3. Nachweises der arischen Abstammung gegeben werden,
4. kostenfrei.

3. Fortgehilfenprüfung. Nachdem am Donnerstag die Fortgehilfenprüfung beendet war, wurde gestern Vormittag das Prüfungsergebnis verkündet. Der Prüfung nahmen sich 70 Prüflinge unterzogen. 66 haben dieselben bestanden und zwar 15 mit gut, 51 mit genügend. Der dritte Prüfling war Helmut Damm, zweitbesten Hartwig.

Die jungen Turner auf dem Heiligenberg. In den vergangenen Jahren soll das diesjährige Turn- und Mäddenturnen der D.D. wieder auf dem Heiligenberg abgehalten werden. Unterhalb Tasse sollen die Jungfrauen der Turnerschaft gehören. In der heutigen Nachmittags werden einige hundert Turner bereits nach ihrer heiligen Kampfschule ziehen und dort wieder eine Nacht unter dem Dach der Zelten verbringen. Nach dem Anmarsch der reiflichen Teilnehmer am nächsten Morgen geht es frisch an die Arbeit. Eine Feiertunde, die auf den Tag hinweist, dann beginnt das Turnen, das sich bis zum Mittag ausdehnt. Am Nachmittag wird fröhliches Spiel, Singen und Tanzen mitunter abwechselnd, sodas der Tag für Jung und Alt eine heile Freude verspricht.

+ **Feuerwehrmänner können nicht in der SA.**
Nachdem der preußische Innenminister erst kürzlich
Dienst in der Polizei für unvereinbar erklärt hat und
Freiwilligkeit zur SA und SS, wird von dem
Minister, wie MZ meldet, in einem neuen Kabinetts-
erkenntnis, daß auch Feuerwehrmänner unverzüglich ihren
Austritt aus der SA, oder SS zu erklären haben, daß
die doppelte Inanspruchnahme die Dienstfreudigkeit
Feuerwehrmänner erheblich leide. Es wird angeordnet,
in Zukunft kein Mitglied einer anerkannten Berufs-
freiwilligen Feuerwehr mehr Mitglied der SA, oder
SS sein darf. Die oberste SA- und SS-Führung
hat zugestanden, daß den bisherigen Mitgliedern ein
unvolles Auscheiden aus der SA, oder SS gestattet
werden soll.

Der Landwirtschaftsberater des Gau's Ruffen
Hans Adolf Braun, M. d. R. hat in Ausführung der
auf dem Vorsitzenden der Kommission für Wirtschafts-
rat bei der NSDAP, Reichsleitung und dem Stabs-
chef der NSD, und Führer der Deutschen Arbeitsfront
gekommen Vereinbarung die Gauamtsleiter des Gau's
bestellen und den Gauamtsleiter der DAF, in den Bezirks-
Landwirtschaftsberatern berufen. Gleichzeitig erfolgt
Berufung der Kreisamtsleiter und Kreisamtsleiter des
DAF in die Bezirke der Kreislandwirtschaftsberater.

Elbersdorf. Ein tragischer Unglücksfall hat sich am 14. d. M. ereignet. Als eine bei dem Sit vorüber gehende weiße Frau aus Berlin nach mehrwöchiger Krankheit wieder abreisen wollte, führte sie aus bisher unbekannter Ursache die nach außen führende Stein- und Mauermauer hinunter und blieb bewußtlos liegen. Ein sofortiger Arzt stellte eine schwere Gehirnerschütterung und innere Verletzungen fest. Ueber Nacht wurden die Verwundeten in die hiesige Frauenklinik verbracht. Befinden der Verwundeten so bedenklich, daß sie am 16. d. M. gegen Morgen von der Freiwilligen Sanitätskolonne des Roten Kreuz nach Kassel überführt werden mußte. Sie liegt bei 70jährige alte Frau in beknagungslosem Zustand. Die Beerdigung wird am 17. d. M. stattfinden.

Großfeuer bei Hildburghausen. Das im thüringischen Landkreis Hildburghausen gelegene Dorf Marisfeld ist durch eine verheerende Feuersbrunst heimgesucht worden. Während eines schweren Gewitters schlug der Blitz in die Scheune eines Landwirths und zündete. Zu allem Unglück waren die Fernspreichleitungen während des Gewitters zerstört worden, so daß die Nachbargemeinden nicht zu Hilfe rufen konnten.

werden konnten. Da v. v. vrommeger ankam zu spät war,
um des Feuers Herr zu werden, fraßen sich die Flammen
mit umheimlicher Schnelligkeit weiter und ergriffen drei
Wohnhäuser, fünf Scheunen und zehn Nebengebäude, die
in Schutt und Asche gelegt wurden. Die gesamte Ernte,
landwirtschaftliche Maschinen und viele Geräte sowie Klein-
vieh wurden ein Raub des Brandes.

Flugzeughalle abgebrannt. In der dem Deutschen Luftsportverband gehörigen Flugzeughalle auf dem Karlsruher Flughafen brach Feuer aus, dem die Halle zum Opfer fiel. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt.

Explosion in einer Eisengießerei. In einer Eisengießerei in Carignan bei Charleville sind beim Ausprobieren eines neuen Schmelzriegels durch eine Explosion 12 Personen verletzt worden, davon zwei schwer.

Bullenjag in einer französischen Stadt. In den Straßen von Perpignan kam es zu einem seltenen Verkehrsunfall. Trotz Verbotes ließ ein Viehhändler eine Viehherde, in der auch mehrere Bullen waren, durch die Straßen zum Schlachthof treiben. Durch den Lärm und den Straßenverkehr wurden die Tiere scheu, aßen auf die Fußgänger los



und verletzten mehrere von ihnen, meist Frauen. Ein Doye stieß mit seinen Hörnern eine große Schaufensterscheibe ein. Ein anderer ging gegen einen Kraftwagen vor. Der Gen darmier blieb nichts anderes übrig, als die gefährlichsten Tiere auf offener Straße abzuschließen.

Verheerende Brände in der Türkei. Das Dorf Erol bei Adalia wurde von einer riesigen Feuersbrunst heimgesucht, durch die 96 Häuser, 7 Speicher und 2 Wirtschaftshäuser vernichtet wurden. In der Stadt Afkeran (Wilajet Konia) fielen das städtische Theater, 5 Speicher und ein Café einem Brande zum Opfer.

Gelsenkirchen-Buer, 1. September. Bei den Abteufelarbeiten auf den neuen Lustschachtanlagen „Hugo Ost“ der Harpener Bergbau AG. ereignete sich Freitagmorgen dadurch ein Schiefenfall, daß eine im Bohrloch stehengeliebene Dynamitpatrone losging. Zwei Schachthauer wurden erheblich, sieben weitere Schachthauer leichter verletzt. Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis liegt ein Verschulden von irgendeiner Seite nicht vor.

Menschenräuber lassen Personenzug verunglücken.
Saphanghi, 1. September. Ein schwerer Eisenbahn-
schlag ist etwa 40 Kilometer südlich von Charbin verübt
worden. Die Verluste an Menschenleben lassen sich noch
nicht übersehen. Nach den letzten Meldungen sollen 13 Ja-
paner getötet und etwa 20 verwundet worden sein. Die Ban-
diten hatten die Schienen aufgerissen und brachten einen Per-
sonenzug zur Entgleisung. Darauf eröffneten sie ein wildes
Gewehrf Feuer auf die umgestürzten Eisenbahnwagen, wobei
zahlreiche Personen getötet und verwundet wurden. Die
Banditen ergriffen darauf die Flucht und entführten sechs
japanische Reisende und, wie verlautet, zwei Amerikaner
und einen Dänen.

Japanische Bahnwagen lieferten den Banditen ein zweistündiges Gefecht, konnten jedoch nicht verhindern, daß die Räuber mit ihrer Beute entkamen. An die Stelle des Verbrechens ist ein Lazarettzug entsandt worden. Die Rettungsarbeiten und die Vergung der zum Teil entstellten Leichen wurden durch wolkenbruchartigen Regen stark beeinträchtigt.

Die entmenschten Banditen haben die Passagiere und die Gepäckwagen des Expresszuges ausgeplündert. Nicht nur die Ueberlebenden wurden ihrer Werthgegenstände beraubt, die Banditen schnitten sogar den Toten die Finger ab, um ihnen die Ringe besser abziehen zu können. Mehrere toten Frauen wurden die Ohren abgeschnitten. Die entmenschten Verbrecher raubten den Toten die Ohrringe.

London, 1. September. Nach einer Meldung aus New York war an die Gattin des Präsidenten Roosevelt ein Brief gefandt worden, in dem mit dem Raub ihrer Entfönder gedroht wurde, falls sie nicht ein Lösegeld von 168 000 Dollar (etwa 420 000 RM) bezahle. Auch wurde ein Attentat auf den Präsidenten selbst angedroht.

Der Brief ist aber gar nicht in die Hände von Frau Roosevelt gelangt, da er von einem Geheimpolizisten gehalten und geöffnet wurde. Unter dem Verdacht, den Brief gescrieben zu haben, wurde im New Yorker Christliche Verein junger Männer ein ehemaliger Monteur der Marineinfanterie namens Benjamin Zarn verhaftet. Er wird nun dem aufständigen Bundesrichter ercheinen.

Abſchluß eines Vertrages der Randſtaaten.

Riga, 30. August.

Auf der Konferenz von Vertretern der Außenministerien Lettlands, Estlands und Litauens wurde ein Abkommen zwischen den drei baltischen Staaten paraphiert, das als Vorstufe zu einem baltischen Staatenbund angesehen wird.

Das Abkommen trägt die Bezeichnung „Vertrag über das Einvernehmen und die Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten“ und sieht eine enge außenpolitische Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten vor. Periodische Zusammenkünfte der Außenminister der drei baltischen Staaten sind vorgesehen. Die drei baltischen Staaten sind ferner gehalten, sich laufend über ihre mit dritten Staaten geführten Verhandlungen und abgeschlossenen Verträge zu unterrichten.

ten: außerdem soll eine enge Fühlungnahme zwischen den Gesandtschaften und Konsulaten der drei baltischen Staaten in dritten Ländern stattfinden und gegebenenfalls als eine gemeinsame Vertretung ihrer Interessen erfolgen. Der Vortrag bezieht sich allerdings nur auf solche Fragen, die alle drei baltischen Staaten gleichzeitig betreffen. Er erstreckt sich ausdrücklich nicht auf sogenannte „spezifische“ Fragen, d. h. besondere Fragen, die nur einen Staat angehen.

Die lettländische Presse gibt allgemein der Hoffnung Ausdruck, daß die Rigaer Beratungen eine feste Grundlage für einen kommenden baltischen Staatenbund schaffen werden.

Auftrieb: 3096 Rinder, darunter 933 Ochsen, 682 Bullen, 1481 Kühe und Färsen, 1371 Kälber, 4416 Schafe, 10 142 Schweine. Preise für einen Zentner Lebendgewicht in RM.

Montag, Abend 1/8 11hr Gefangenhunde Ratstafel

Wieder Besserung und Erwärmung?

Die Kollis jetzt hatte noch zum letzten Wohenende wieder ein Hoch mit schönem Wetter über dem Rontinent aufgebaut, das aber einem nachdrängenden Tief alsbald nach Skandinavien ausweichen mußte. Das Tief leitete am Montag den Witterungsumschlag von Südosten her mit Regen ein. Am Mittwoch ist es dann allgemein wetterwirksam geworden. Kräftige fühlbare Regenschauer fegen über das Land hinweg. Der recht unbeständig fühlbare Witterungscharakter mit nordwestlicher Luftzufuhr dauert noch die nächsten Tage fort.

Allen Anzeichen nach ist mit einer Besserung vor Ausbruch der kommenden Woche nicht zu rechnen, da das Uebel durch Warmluft von Westrußland—Standinavien her noch lebensfähig gehalten wird. Es wird sich unter Auswirkung einer Drehbewegung und langwieriger Störverschiebung noch halten. Dann aber ist durch den von Norden und Westen her einsetzenden hohen Druck eine wesentliche Besserung zu erwarten.

Achtung! Gift sehr

Die Fragebogen der Deutschen Arbeitsfront
der Reichsbetriebsgemeinschaften (ehem. Verbände) muß
am Sonntag abend $\frac{1}{2}$ 6— $\frac{1}{2}$ 7 Uhr bei dem Unterzeichner
abgefordert werden. Da ich dieselben am Sonntag ab
weiterleiten muß, liegt es in jedem seinen Interesse,
Fragebogen rechtzeitig abzuliefern, da Nachmeldungen n
berücksichtigt werden können.

W. Lepper, Ortswart der DAF

Kriegerverein Spangenberg

Sonnabend, den 1. Sept., abends 8,30 Uhr Ver
einstufal

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

II. a. Vortrag von Kamerad Pasche — Sedanta
Die Mitglieder haben vorzähllich zu erscheinen.

Gesangverein Liedertafel

Montag Abend $1\frac{1}{2}$ Uhr Gesangstunde Ratsthele

Das neue Strafrecht

Reichsjustizminister Dr. Gürtner über den Entwurf

Die Übernahme der Macht durch die Regierung des Dritten Reiches hat die Grundlagen geschaffen, um das Werk der Erneuerung des Strafrechts mit Aussicht auf Erfolg in Angriff zu nehmen. Die im Auftrag des Reichstages berufene amtliche Strafrechtskommission hat einen den Anschauungen und Bedürfnissen des neuen Staates entsprechenden Entwurf eines Strafrechtbuchs ausgearbeitet.

Über den gegenwärtigen Stand der Strafrechtsreform berichtet Reichsjustizminister Dr. Gürtner bei einem Freisprechungsamt im Reichsjustizministerium. Das neue Strafrechtbuch führt die Minister u. a. aus, habe vom Standpunkt der Gemeinschaft aus orientiert werden müssen. Im Ausgangspunkt standen die Lebensrechte, der Rechtsfriede, der Arbeitsfriede und das Wohl des Volkes.

Das geltende Recht zwinge den Richter, den Verstoß unter allen Umständen mild zu bestrafen als das vollendete Verbrechen. Dieser Grundsatz finde sich im kommenden Recht nicht mehr. Es werde die Gegenwirkung gegen den Verbrecher schon eintreten, wenn der verbrecherische Wille sich im Anfang einer Tat offenbare. Der Wunsch sei grundsätzlich so zu bestrafen wie die Vollendung.

Die Frage, ob der Verstoß gelungen sei, könne allerdings bei der Strafbemessung eine Rolle spielen. In den Bereich der vollen Strafbemessung trete der Verbrecher jedenfalls schon dann, wenn er den verbrecherischen Willen durch Handlungen ausdrücke. Der bisherige Grundsatz, daß niemand bestraft werden könne, es sei denn, daß der Buchstabe des Gesetzes erfüllt werde, habe dazu geführt, daß es dem gerissenen Verbrecher gelingen konnte, durch die Mäglichkeit des Gesetzes zu lächeln. Es sei natürlich nicht möglich, alles vorher zu bedenken, was geschehen könne, und es werde immer Fälle geben, auf die der Buchstabe des von erfahrenen Praktikern gemachten Gesetzes nicht anwendbar sei. Deshalb müsse man von der Einigung wegkommen, daß der Buchstabe des Gesetzes erfüllt sei.

Ist die Tat nicht ausdrücklich für strafbar erklärt, aber eine ähnliche Tat im Gesetz mit Strafe bedroht, so ist dieser Grundsatz anzuwenden, wenn der zugrunde liegende Rechtsgehalt den geübten Volksschauungen entspricht. Die Unfreiheit des Richters werde dadurch beseitigt, daß man ihm die Möglichkeit gebe, auch dann eine Strafe zu verhängen, wenn nicht der Buchstabe, sondern der Sinn des Gesetzes erfüllt werde.

Das Strafrecht könne lediglich von dem Standpunkt aus betrachtet werden, das Gemeinschaftsrecht des Volkes in eine gewisse Ordnung zu bringen. Die Forderungen der Sittlichkeit aber seien andere als die des Rechts. Die Kommission habe das Bedenken gehabt, auch die Form des Gesetzes dem Volke näherzubringen und ihm verständlich zu machen.

Die Straffsysteme beginnen mit der Todesstrafe durch Entschäpfung. Die Todesstrafe durch freiwillige Einnahme von Gift ist beiprochen, aber nicht in den Entwurf aufgenommen worden. Die Frage der Festungshaft ist noch offen geblieben. Zuchthaus und Gefängnis werden härter als bisher vollzogen, auch mit der Möglichkeit von Straferleichterungen. Die Wiedereinführung der Prügelstrafe ist abgelehnt. Neu ist die Strafe der Achtung, die den Ausschluß des Betroffenen aus allen Ehrenrechten und der Gemeinschaft bedeutet. Sie kann als Nebenstrafe neben der Todesstrafe und neben Zuchthaus von mindestens fünf Jahren ausgesprochen werden und kann die Zurechnung besonders schwerer und unangenehmer Arbeit (Fron) mit sich bringen.

Auswechslung von Arbeitskräften

Bevorzugung älterer Arbeitsloser - Leistungszuschüsse und Kinderzulagen

Nachdem der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister und dem Stellvertreter des Führers der NSDAP durch Verordnung vom 10. August 1934 bestimmt hat, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung allein ermächtigt ist, die Verteilung von Arbeitskräften, insbesondere ihren Austausch zu regeln, und jede Betätigung anderer Stellen auf diesem Gebiete verboten und mit Strafe bedroht hat, ist nunmehr von dem Präsidenten der Reichsanstalt auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung eine Anordnung unter dem 28. August 1934 erlassen und im „Reichsanzeiger“ Nr. 202 vom 30. August 1934 veröffentlicht worden.

Beitragende dieser Anordnung ist, die altersmäßige Gliederung der in den Betrieben und Verwaltungen Beschäftigten unter Berücksichtigung betriebstechnischer und wirtschaftlicher Erfordernisse so zu gestalten, daß sie den staatspolitischen Erfordernissen nach bevorzugter Beschäftigung arbeitsloser älterer Arbeiter und Angestellter, insbesondere linderreicher Familienmitglieder, Rechnung trägt.

Hieron betroffen werden alle privaten und öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, die Arbeiter und Angestellte beschäftigen, mit Ausnahme der Land-, Forst- und Hauswirtschaft und der Schiffe der See-, Binnen- und Luftschifffahrt. Die Führer der Betriebe und Verwaltungen sind verpflichtet

erkennbar im Laufe des September ihre Gefolgschaft auf die altersmäßige Zusammenziehung hin durchzuführen und das Ergebnis für eine Nachprüfung durch die Arbeitsämter schriftlich niederzulegen. Darüber hinaus haben die Führer größerer Betriebe formelmäßig bis zum 1. Oktober 1934 dem zuständigen Arbeitsamt zu melden, wieviel Arbeiter und Angestellte über und unter 25 Jahren bei ihnen tätig sind und in welchem Umfang und Zeitraum die Auswechslung jüngerer mit älteren Arbeitskräften vorgenommen werden soll.

Zu dem Verlonentzels der jüngeren Arbeiter und Angestellten, die von einem solchen Austausch ausgenommen sind, gehören verheiratete Männer, Unterhaltspflichtige, Lehrlinge, ehemalige Wehrmachtangehörige, alte Kämpfer der Wehrmacht und der NSDAP, ferner Personen, die im Arbeitsdienst oder in der Landhilfe mindestens ein Jahr tätig gewesen sind.

Die Führer der Betriebe haben sich mit den Arbeitsämtern darüber ins Benehmen zu setzen, daß die zur Entlassung Kommanden andere Arbeitsplätze besonders in der Land- und Hauswirtschaft, im Arbeitsdienst oder in der Landhilfe erhalten. Die durch die Entlassungen frei gewordenen Arbeitsplätze sind durch die bei den Arbeitsämtern anzufordern älteren Arbeitslosen zu besetzen.

Abgesehen von diesem Arbeitsplatztausch dürfen in Zukunft Personen unter 25 Jahren nur noch mit Zustimmung der Arbeitsämter in den von der Anordnung betroffenen Betrieben und Verwaltungen eingestellt werden; ausgenommen hieron sind lediglich Lehrlinge, mit denen ein Lehrvertrag über mindestens zwei Jahre abgeschlossen wird.

Bei der Anforderung von Arbeitskräften unter 25 Jahren hat der Führer des Betriebes verantwortlich zu prüfen und darzulegen, daß dies den Notwendigkeiten des Betriebes und den staatspolitischen Erfordernissen entspricht. Zu bevorzugter Vermittlung ist hierbei im wesentlichen der gleiche Personenkreis zugelassen, der auch von einem Arbeitsplatztausch ausgenommen ist.

Für ältere Angestellte über 40 Jahre, die nach längerer Arbeitslosigkeit infolge Austausches eingestellt werden, sind zum Ausgleich von Minderleistungen Leistungszuschüsse bis zur Höhe von 50 RM und Kinderzulagen aus Mitteln der Reichsanstalt vorgezogen.

Besondere Bestimmungen sind daneben für die Land- und Forstwirtschaft getroffen. Die Vermittlung von Personen unter 25 Jahren darf durch nichtgewerbemäßige Arbeitsvermittlungseinrichtungen und sonstige Stellen nur im Auftrage und nach Weisung des Präsidenten der Reichsanstalt erfolgen. Auch hier wird bei Neueinstellungen von arbeitslosen verheirateten männlichen Angestellten über 40 Jahre ein Leistungsausgleich gewährt.

Um die Mehrereinstellung verheirateter land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter zu fördern, gewährt die Reichsanstalt ferner bei der Erstellung von Familienwohnungen für die Dauer von 6 Jahren einen jährlichen Zuschuß bis zu 300 RM.

Die Einhaltung und Durchführung der sozialpolitisch außerordentlich bedeutsamen Maßnahmen wird durch Strafbestimmungen gegen Nichtbefolgung sichergestellt. Es wird daher allen Führern von Betrieben, Vorständen von Verwaltungen sowie Leitern sonstiger Stellen dringend angetragen, sich mit dem Inhalt dieser wichtigen Anordnung eingehend zu befassen.

Mehrfähriges Vollmoratorium!

Schacht auf der Konferenz für Agrarwissenschaft

Auf der internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft sprach der mit der Führung des Reichsarbeitsministeriums beauftragte Reichsbankpräsident Dr. Schacht über das internationale Schulden- und Kreditproblem. Er wies zunächst nach, daß der Status der großen Notenbanken die Bahn für einen weltwirtschaftlichen Aufschwung nicht verperrte und daß genügend Geld vorhanden sei, das lediglich auf Ruhezumarmung warte.

Dr. Schacht gab dann ein Bild von der Gestaltung der Rohstoffpreise.

Heute werde die Farm- und Plantagenwirtschaft fast aller überseeischen Länder nur durch künstliche Maßnahmen der Staaten notdürftig am Leben erhalten. Die Nachfrage verlege im fünften Jahre der Krise noch ebenso wie im ersten.

Der Kern der Sache sei, daß zunächst der Störungs-faktor beseitigt werden müsse, der beide Erscheinungen, nämlich die mangelnde Stabilisierung der Währungen und die Handelshemmnisse, verursacht habe. Dieser Zerstörungs-faktor sei die politische Verhinderung aus dem Weltkrieg.

Seit 1918 lie die Wirtschaft von der Politik erdrückt worden. Das Versailles Diktat hatte, wie es Adolf Hitler einmal knapp, aber erschöpfend formuliert habe, die Tendenz, Deutschland die Lebensmöglichkeit zu nehmen.

Eingehend legte sich dann Dr. Schacht mit dem Reparationshylem und der dann vorgenommenen Verschleierung der Reparationsprobleme auseinander.

Man sollte wenigstens ehrlich zugeben, daß die Fehler der Politiker und die Dummheit der Wirtschaftler aus Kosten

des Zustands gehen und sollte sich den äussichtlosen Ver-suchen, das deutsche Transferproblem damit zu er-lösen. Deutschland war mit Auslandskapital nicht gesien-t, sollte es Reparationen zahlen, lo brauche es Abnehmer für die unentworfelten Vänder sein

Dr. Schacht wies dann nach, daß Deutschland im Ver-lauf von 3 Jahren (unter Berücksichtigung der Entwertung aus-ländischer Währungen) 11 Milliarden RM. d. i. mehr als seine gesamte unpolitische Verschuldung abgetragen habe, land zur Erreichung dieses Zieles getroffen hatte.

Heute ist Deutschlands Transferfähigkeit völlig erschöpft. Die Reparationen, die heute leider nicht mehr den Wieg-ungen sondern gutgläubigen Privatleuten geschuldet wer-den, kann es nicht mehr aus eigener Kraft regulieren. Den-Beweis dafür, daß es sich hierbei um ein Weltproblem han-delt, liefert die Entwertung der Weltfrle selbst. Ihre ungeheure Verschärfung ist durch den Abzug der Auslands-gelder aus Deutschland verursacht. Die Rolle, die Deutsch-Weltfrle ohne Bereinigung der deutschen Auslandsverschul-dung höchst unwahrscheinlich ist.

Deutschland lie heute gezwungen, mit aller Energie die Ausbeutung seiner einheimischen Rohstoffquellen zu betreiben, die Verwendung von Ersatzstoffen zu forcieren und der-gleichen.

Grundfalsch sei es, das internationale Schuldenproblem lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkt zu betrachten. In Deutschland lie die Gefahr der Bolschewisierung vom Na-tionalsozialismus in letzter Stunde abgefangen worden. In vielen ausländischen Staaten wäre es aber nicht un-be-denktlich.

Dr. Schacht zeichnete dann zwei theoretische Lösungs-möglichkeiten:

1. die deutschen Waren werden von allen Erschmerungen freigestellt, 2. die deutschen Schulden werden getrichen. Da beide Wege nicht denkbar seien, müsse der praktisch mögliche Weg in der Mitte liegen, und zwar in der Richtung, daß die Regierungen der Gläubigerstaaten in eine erhöhte Ab-nahme deutscher Warenlieferungen und die Gläubiger in einer Herabsetzung ihrer Schuldforderungen einwilligen. Ein solcher Mittelweg hätte noch vor einem oder zwei Jahren allein Erfolg versprochen. Heute reiche er nicht mehr aus. Deutschland könne heute seinen Schuldendienst nur unter einem vergrößerten Welthandelsvolumen leisten, in das es aber unter dem Druck des internationalen Deflationsprojek-tes nicht hineinwachsen könne.

Es werde daher nichts anderes übrigbleiben, als ihm ein mehrjähriges Vollmoratorium zur Erholung zu ge-währen.

Gleichzeitig werde man die Last der Auslandsverschul-dung auf ein Maß zurückzuführen müssen, das nach Ablauf des Moratoriums auf die Dauer getragen werden könne.

Dr. Schacht richtete zum Schluß einen starken Appell an die weltwirtschaftliche Vernunft. Es sei Deutschlands Pflicht, darauf hinzuwirken, daß jeder verlorene Monat keine internationale Leistungsfähigkeit unangenehm verringere, den Weltmarkt weiter schrumpfen läßt, die Weltfrle ver-längert und ihre Bereinigung erschwert.

Deutsche Protokollklärung

Zur Dekumennischen Tagung in Kopenhagen.

Kopenhagen, 30. August.

Die deutsche Delegation gab in der Sitzung des Deku-mennischen Rates folgende Erklärung ab:

„Die deutsche Delegation hat mit tiefer Empörung von der Art Kenntnis genommen, mit der in einem Teil der Weltfrle über die Tagung des Dekumennischen Rates in Kopen, sogar über vertrauliche Sitzungen, Bericht erlassen worden ist.“

Diese Berichterstattung ist nicht nur auf Sensationen be-rechnet und einseitig in ihrer Stellung zu der deutschen frö-schlichen und politischen Lage, sondern verläßt i. Z. die Ergeb-nisse der Konferenz zu beeinflussen und eine Atmosphäre zu schaffen, die den Verhandlungen die unbedingt notwendige in-nerer Freiheit nimmt. Die deutsche Delegation legt hiergegen schärfste Verwahrung ein und bittet den Dekumennischen Rat und seinen Präsidenten, alles zu tun, um vor der Weltöffentlichkeit eine objektive Behandlung der Beratung sicherzustellen.“

Der Präsident des Dekumennischen Rates stimmte dem zu, daß Berichte über die Konferenz, die in einigen Teilen der Presse erschienen sind, einen irreführenden Eindruck von den Beratungen und von der Haltung des Deku-mennischen Rates hervorgerufen haben und verpfa, eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der er verstanden wird einen objektiven Bericht über die Haltung und den Gei-st des Rates zu geben.

Wieder eine Hinrichtung in Oesterreich

Wien, 30. August.

Das Gnadengesuch für den zum Tode verurteilten Franz Eder ist zurückgewiesen worden. Das Urteil wurde am Mittwoch, um 23.30 Uhr durch den Strang vollzogen. Es ist dies die 13. Hinrichtung im Zusammenhang mit den Juli-Ereignissen.

Stirbliche Nachrichten.

Sonntag, den 2. September 1934.

14. Sonntag nach Trinitatis

Gottesdienst in:

Spangenberg.

Vormittags 10½ Uhr: Pfarrrer Sauer-Wörshausen

Elbersdorf.

Vormittags 1½10 Uhr: Selegottesdienst

Schneelrode

Vormittags 10 Uhr: Selegottesdienst

Landesfeld:

Vormittags 8 Uhr: Pfarrrer Volkenand.

Bez. Weidelbach

Vocherde 9 Uhr

Weidelbach 1½11 Uhr

Wischkerode ¼1 Uhr

Pfarrrer Böndorf

Freitag: Jugend Bibelgruppe Pfarrhaus 1.

Sonntag abend von 7,9 Uhr ab
KONZERT
mit TANZ
Gasthof Liebenbach

Das Haus am Blaubach Nr. 330 ist entweder als Einfamilienhaus oder umgebaut in ein Dreifamilienhaus zu günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen oder zu vermieten.
Näheres Hessische Heimstätte G.m.b.H., Kassel.

Die Ausgabe von Fettkarten
für Sept. u. Okt. erfolgt am Dienstag von 10 — 12 Uhr
(Rathaus)
Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Scheine nur während der angegebenen Zeit verausgabt werden.
Der Bürgermeister.

Bauschule
Kassette i. Lbhg.
Vorbereit. auf die Meisterprüfung
in 2 Sem. Progr. frei
Weggaberecht ist zum
1. 10. 1934
die in meinem Hause gelege-ne abgeschlossene
5 Zimmerwohnung
mit 2 Balkonen und allen
Zubehör auch Gartenan-teil zu vermieten.
D. Theune.

Lesst Euer Heimatblatt!
Ärztlicher Sonntagsdienst
Sonntag, den 2. September Dr. med. Koch.

Inseriert!
Klipps Kaffee
H. Mohr.